

BEKANNTMACHUNG

Planfeststellungsverfahren für den Neubau und den Betrieb der 380-kV-Leitung Stade – Landesbergen, Abschnitt 6: Hoya – Steyerberg (LH-10-3039), BBPIG-Vorhaben Nr. 7

I.

Die TenneT TSO GmbH, Bernecker Straße 70, 95448 Bayreuth hat für das o.g. Vorhaben die Durchführung eines Planfeststellungsverfahrens nach den §§ 43 ff. des Energiewirtschaftsgesetzes (EnWG) in Verbindung mit den §§ 15 bis 27 des Gesetzes über die Umweltverträglichkeitsprüfung (UVPG) sowie den §§ 72 bis 78 des Verwaltungsverfahrensgesetzes (VwVfG) bei der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 - Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover, beantragt.

Für das Vorhaben besteht eine gesetzlich festgelegte Pflicht zur Durchführung einer Umweltverträglichkeitsprüfung (UVP) gemäß § 6 UVPG in Verbindung mit Ziffer 19.1.1 der Anlage 1 zum UVPG.

Für das Bauvorhaben und die mit dem Bauvorhaben in Zusammenhang stehenden Maßnahmen einschließlich der landschaftspflegerischen Ausgleichs-, Ersatz- und Vermeidungsmaßnahmen werden Grundstücke in den folgenden Gemeinden und Gemarkungen beansprucht:

Flecken Bücken	Gemarkungen: Dedendorf, Calle, Duddenhausen, Bücken
Gemeinde Warpe	Gemarkungen: Nordholz, Warpe, Windhorst, Helzendorf
Gemeinde Hoyerhagen	Gemarkung: Hoyerhagen
Gemeinde Wietzen	Gemarkungen: Wietzen, Holte
Stadt Hoya/Weser	Gemarkung: Hoya
Gemeinde Pennigsehl	Gemarkungen: Pennigsehl, Hesterberg
Flecken Steyerberg	Gemarkungen: Deblinghausen, Düdinghausen
Gemeinde Borstel	Gemarkung: Bockhop
Gemeinde Hilgermissen	Gemarkungen: Mehringen, Heesen, Ubbendorf, Hilgermissen, Wechold, Magelsen
Gemeinde Binnen	Gemarkungen: Binnen, Glissen
Flecken Diepenau	Gemarkung: Steinbrink
Gemeinde Leese	Gemarkung: Leese
Flecken Liebenau	Gemarkung: Liebenau
Gemeinde Linsburg	Gemarkung: Linsburg
Gemeinde Stöckse	Gemarkung: Wenden

Gegenstand dieses Planfeststellungsverfahrens ist:

- Die Errichtung und der Betrieb der 380-kV-Höchstspannungsleitung Hoya – Steyerberg (LH-10-3039) auf einer Länge von insgesamt 30,85 Kilometer als Freileitung mit 78 Masten. Der Neubau beginnt südlich des Winkelabspannmastes Nr. 3005 (Abschnitt 5) westlich der Stadt Hoya. Der erste Neubaumast ist der Tragmast Nr. 3101. Der Abschnitt endet vor Winkelabspannmast Nr. 3201 (Abschnitt 7) zwischen den Ortschaften Düdinghausen im Westen und Sarninghausen im Osten des Flecken Steyerberg.
- Der Teil-Neubau (Verlegung) der 380-kV-Leitung Landesbergen – Sottrum (LH-10-3003) auf einer Länge von insgesamt 2,2 Kilometer mit fünf Masten (Masten Nr. 77N bis Nr. 80N) nordwestlich der Gemeinde Warpe. Zudem werden die Leiterseile von Mast Nr. 74 bis Nr. 87 sowie von Mast Nr. 31 bis Nr. 35 getauscht. An Mast Nr. 40 findet eine Verdrillung statt.

Zudem sollen in dem Zusammenhang mit den dargestellten Maßnahmen zur Errichtung und Verlegung insgesamt 34,31 Kilometer Freileitungen mit 112 Masten zurückgebaut werden. Davon umfasst sind:

- Der Rückbau der 220-kV-Leitung Landesbergen – Sottrum (LH-10-2010) auf einer Länge von 32,23 Kilometer von Mast Nr. 34 westlich von Steyerberg bis Mast Nr. 139 östlich vom Ortsteil Wechold der Gemeinde Hilgermissen, die durch die Neubauleitung LH-10-3039 ersetzt werden soll, inklusive der Abzweigung Wechold der 220-kV-Leitung (LH-10-2023) von Mast Nr. 1 bis zum Umspannwerk Wechold auf einer Länge von 0,77 Kilometer.
- Der Teil-Rückbau der 380-kV-Leitung Landesbergen – Sottrum (LH-10-3003) auf einer Länge von insgesamt 1,31 Kilometer von Mast Nr. 77 westlich der Gemeinde Warpe bis Mast Nr. 80 im Rahmen der Verlegung der LH-10-3003.

Der plangegenständliche Rückbau der bestehenden 220-kV-Leitung Landesbergen – Sottrum (LH-10-2010) beginnt auf der Höhe des Umspannwerks Wechold und verläuft in südliche Richtung. Westlich der Stadt Hoya beginnt dann auch der Neubau der 380-kV-Leitung Hoya – Steyerberg (LH-10-3039) mit der Beseilung im Anschluss an dem Winkelabspannmast Nr. 3005, welcher der letzte Neubaumast des Abschnitts 5 ist. Der erste Neubaumast in Abschnitt 6 ist der Tragmast Nr. 3101. Von hier aus verläuft die Neubauleitung nahe der 220-kV-Rückbauleitung LH-10-2010 in Richtung Süden. Sie kreuzt den Hauptkanal, Bahngleise der Verkehrsbetriebe Grafschaft Hoya GmbH und die Landesstraße L330. An Mast Nr. 3103 knickt die Leitung leicht nach Westen und an Mast Nr. 3104 wieder nach Süden. Zwischen den Masten Nr. 3105 und Nr. 3113 verläuft die Neubauleitung mit einem Abstand von ca. 50 m parallel zur Rückbauleitung LH-10-2010 und zur 380-kV-Bestandsleitung LH-10-3003 östlich der Ortschaften Duddenhausen und Calle. Zwischen den Masten Nr. 3107 und Nr. 3111 kreuzt die Leitung die Dedendorfer Graue und den Ellernbruchgraben. Zwischen Mast Nr. 3110 und Nr. 3111 wird die 110-kV-Leitung LH-10-1059 der Avacon gequert. Am Mast Nr. 3113 knickt die Neubauleitung leicht nach Osten ab, kreuzt die Kreisstraße K139 und der Abstand zur Trasse der Rückbauleitung LH-10-2010 nimmt ab. Ab Mast Nr. 3114 knickt die Leitung leicht nach Westen ab, kreuzt die Graue und nähert sich ab Mast Nr. 3115 der Rückbauleitung LH-10-2010 wieder an. Zwischen Mast Nr. 3115 und Nr. 3116 wird zudem die Landesstraße L352 gekreuzt. Die Leitung verläuft sodann in der Rückbautrasse der LH-10-2010. Nördlich Warpe an Mast Nr. 3119 schwenkt die Neubauleitung wieder leicht nach Westen und verlässt die unmittelbare Trasse der 220-kV-Rückbauleitung (LH-10-2010). In diesem Bereich wird auch die 380-kV-Bestandsleitung LH-10-3003 verlegt, um eine doppelte Leitungskreuzung zu vermeiden. Sie wird dann von Mast Nr. 80N bis Mast Nr. 77N parallel zur Neubauleitung geführt. Die Bestandsmasten Nr. 80 bis Nr. 77 der LH-10-3003 werden zurückgebaut.

Ab Mast Nr. 3120 verläuft die Neubauleitung gerade nach Süden auf die Rückbautrasse der LH-10-2010 zu. Zwischen Mast Nr. 3122 und Nr. 3123 quert sie bei Warpe den Burdorfer Bach. Von Mast Nr. 3122 bis Mast Nr. 3125 verläuft die geplante Leitung wieder innerhalb der Rückbautrasse und anschließend bis zum Mast Nr. 3129 auf der südöstlichen Seite parallel zur Rückbautrasse. Ab Mast Nr. 3129 verlässt die Leitung die Rückbautrasse und verläuft in einem Bogen um Wietzen herum. Auf Höhe von Mast Nr. 3133 verläuft die Leitung wieder nahe der Rückbautrasse, um ab Mast Nr. 3135 kurz in den Parallelverlauf zur bestehenden 380-kV-Leitung Landesbergen – Sottrum (LH-10-3003) einzuschwenken. Die Leitung verläuft zwischen den Masten Nr. 3136 und Nr. 3140 nach Südwesten. Zwischen Mast Nr. 3131 und Nr. 3132 wird die Graue gequert und zwischen Mast Nr. 3132 und Nr. 3133 die Bundesstraße B6. Zwischen Mast Nr. 3135 und Mast Nr. 3136 wird die Bahnlinie Sulingen-Diepholz der DB AG gekreuzt.

Die Neubauleitung verlässt ab Mast Nr. 3140 den Trassenbereich der 220-kV-Rückbauleitung (LH-10-2010) und verläuft zunächst in Richtung Süden, durchquert die Harberger Heide und knickt anschließend nach Südwesten ab. Sie kreuzt den Speckenbach und durchquert das Waldgebiet Binnerloh östlich von Borstel und Bockhop. Zwischen Mast Nr. 3148 und Nr. 3149 kreuzt die Leitung die Bundesstraße B214 und schwenkt ab Mast Nr. 3151 weiter in Richtung Westen in Bündelung zur Bestandsleitung LH-10-3003. Zwischen Mast Nr. 3153 und Nr. 3154 wird der Winterbach gekreuzt. Zwischen Mast Nr. 3155 und Nr. 3156 kreuzt die Leitung die 110-kV-Leitung LH-10-1051 der Avacon.

Zwischen Mast Nr. 3156 und Nr. 3157 werden die Rückbautrasse der LH-10-2010 sowie die Kreisstraße K45 gekreuzt.

Die Neubauleitung LH-10-3039 führt im Bereich der Masten Nr. 3156 bis Nr. 3163 im Westen um die Ortschaft Mainschhorn herum. Hierbei wird die Peekriede zweimal gekreuzt (zwischen den Masten Nr. 3160 und Nr. 3161 sowie Nr. 3165 und Nr. 3166). Ab Mast Nr. 3163 verläuft die geplante Neubauleitung westlich um Hesterberg und Wüllenberg sowie im weiteren Verlauf östlich um Wohngebäude im Außenbereich bei Deblinghausen herum. Sie tangiert das anschließende Waldgebiet Kurze Heide bei Deblinghausen. Ab Mast Nr. 3175 verläuft die Neubauleitung in der Rückbautrasse, bis sie schließlich nördlich von Mast Nr. 3201, welcher bereits der erste Neubaumast in Abschnitt 7 ist, endet. Zwischen den Masten Nr. 3166 und Nr. 3167 wird die Kreisstraße K40 gekreuzt, zwischen den Masten Nr. 3168 und Nr. 3169 die Rückbauleitung LH-10-2010 sowie die Bestandsleitung LH-10-3003. Zwischen den Masten Nr. 3175 und Nr. 3176 wird die Landesstraße L349 und zwischen den Masten Nr. 3177 und Nr. 3178 die Große Aue gekreuzt.

Der vollständige Rückbau der 220-kV-Leitung Landesbergen – Sottrum (LH-10-2010) kann erst nach Inbetriebnahme der 380-kV-Neubauleitung Stade – Landesbergen (LH-10-3039) vom Umspannwerk Sottrum bis zum Umspannwerk Landesbergen erfolgen. Mit der Inbetriebnahme der verlegten 380-kV-Leitung Landesbergen – Sottrum (LH-10-3003) über ein bauzeitlich errichtetes Provisorium kann der Rückbau der Bestandsmasten erfolgen. Nach dem Teil- Rückbau der 380-kV-Leitung (LH-10-3003) kann in diesem Bereich mit der endgültigen Herstellung und Inbetriebnahme der LH-10-3003 sowie der LH-10-3039 begonnen werden. Die Masten Nr. 1 und Nr. 2 der 220-kV-Rückbauleitung Abzweig Wechold (LH-10-2023) werden nach der Außerbetriebnahme der bestehenden 220-/110-kV-Umspannung im Umspannwerk Wechold (Abschnitt 5) zurückgebaut.

Die vorliegenden Planunterlagen enthalten die folgenden wesentlichen entscheidungserheblichen Unterlagen über die Umweltauswirkungen des Vorhabens:

- Erläuterungsbericht und Anhänge: Wegenutzungspläne, Allgemeinverständliche Zusammenfassung der Umweltstudie (AVZ), Auszug aus der Landesplanerischen Feststellung (Text und Karten), Grundsätze zum Bodenschutz, Ausführungen zu Kompaktmasten, Variantenuntersuchung einschließlich Karten,
- Übersichtspläne Neu- und Rückbau, Schutzgebiete, Schutzgut Mensch, Wegenutzung und Kompensation,
- Mastprinzipzeichnungen,
- Lage- und Grunderwerbspläne zum Neu- und Rückbau sowie zur Kompensation,
- Längenprofile zum Neubau,
- Regelfundamente,
- Bauwerksverzeichnis und Mastlisten zum Neu- und Rückbau sowie Liste der Verrohrungen,
- Immissionsbericht zur Freileitung einschließlich Berechnung der maßgeblichen Immissionsorte,
- Umweltstudie (UVP-Bericht, Materialband, Landschaftspflegerischer Begleitplan (LBP) einschließlich Maßnahmenblätter zum LBP, Forstfachliches Gutachten, Allgemeinverständliche Zusammenfassung (AVZ) und Karten),
- Kreuzungsverzeichnisse zum Neu- und Rückbau sowie Verzeichnis der betroffenen Träger öffentlicher Belange zu Zuwegungen,
- Grunderwerbsverzeichnisse zum Neu- und Rückbau sowie zu den Kompensationsmaßnahmen,
- Natura 2000 Verträglichkeitsstudie,
- Artenschutzrechtlicher Fachbeitrag,
- Prüfung der Vereinbarkeit des Vorhabens in Bezug auf die gemäß § 23 bis 30 BNatSchG geschützten Teile von Natur und Landschaft,
- Antrag auf wasserrechtliche Erlaubnisse zur Wasserhaltung beim Neu- und Rückbau, Dimensionierung einer Muldenversickerung, Zusammenstellung Standardfälle

Baugrubenentwässerung, Grundsätze zur Berechnung der Wassermengen sowie Baugrundvoruntersuchungen,

- Fachbeitrag zur Wasserrahmenrichtlinie.

Im Umfeld der geplanten 380-kV-Neubauleitung Hoya – Steyerberg befindet sich nordwestlich von Hoya das FFH-Gebiet „DE 3120-332 Hägerdorn“ (und gleichzeitig das Naturschutzgebiet „Hägerdorn“ NSG HA-00108), das weder durch eine bauzeitliche noch durch eine dauerhafte vorhabenbedingte Flächeninanspruchnahme betroffen ist. Die Zuwegungen zu bauzeitlich genutzten Flächen des Mastrückbaus der 220-kV-Bestandsleitung (LH-10-2010) liegen zwischen 100 m bis 500 m entfernt. Sie verlaufen überwiegend über die vorhandenen Wege, zum Teil auch über bauzeitlich anzulegende Wege östlich des FFH-Gebietes. Südlich des FFH-Gebietes befinden sich die bauzeitlich genutzten Flächen für den Seilzug zwischen Mast Nr. 3005 (Abschnitt 5) und Mast Nr. 3101 (Abschnitt 6), welche rund 400 m von dem FFH-Gebiet entfernt sind. Dabei liegt die Entfernung der bauzeitlich genutzten Arbeitsflächen und Zuwegungen zum Sternmieren-Eichen-Hainbuchwald (Lebensraumtyp (LRT) 9160) zwischen rund 100 m und rund 500 m. In rund 100 m bis 400 m Entfernung werden die Masten Nr. 126 bis Nr. 130 der 220-kV-Bestandsleitung zurückgebaut. Auswirkungen auf den LRT treten nicht auf.

Für den Rückbau der 220-kV-Leitung findet im Bereich des FFH-Gebietes keine Wasserhaltung statt, sodass weder der LRT 9160 noch das FFH-Gebiet „DE 3120-332 Hägerdorn“ beeinträchtigt wird.

Nordöstlich von Düdinghausen befindet sich im Bereich des Flusslaufs der Großen Aue zudem das FFH-Gebiet „DE 3319-332 Teichfledermaus-Gewässer im Raum Nienburg“ – Teilfläche „Die Große Aue – Von Voigtei bis Steyerberg“. Das FFH-Gebiet wird überspannt. Nördlich und südlich der Großen Aue werden im Zusammenhang mit dem Bau der Masten Nr. 3178 und Nr. 3177 bauzeitlich Arbeitsflächen und Zuwegungen angelegt. Die Flächen für Schutzgerüste und die Zuwegungen dorthin befinden sich in unmittelbarer Nähe (rund 10 m bis 15 m entfernt) des FFH-Gebietes. Alle weiteren Arbeitsflächen sind mindestens rund 100 m vom FFH-Gebiet entfernt. Die Neubaumasten selbst sind rund 200 m bzw. 250 m vom FFH-Gebiet entfernt. Der Rückbau der 220-kV-Bestandsleitung erfolgt in mindestens rund 200 m Entfernung von der Großen Aue. Östlich der geplanten 380-kV-Leitung, die nördlich der Großen Aue in der Trasse der 220-kV-Bestandsleitung in Parallellage zu der vorhandenen 380-kV-Leitung LH-10-3003 geführt wird, wird ein bauzeitliches Provisorium errichtet. Dieses Provisorium quert die Große Aue. Eine bauzeitliche Wasserhaltung findet weder an den Neubaumasten Nr. 3178 und Nr. 3177 der geplanten 380-kV-Leitung LH-10-3039 noch an den Rückbaumasten der 220-kV-Bestandsleitung statt.

Mit dem Vorhaben ist die erlaubnispflichtige Benutzung von Gewässern verbunden. Zusammen mit dem Antrag auf Planfeststellung hat die Vorhabenträgerin die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis nach §§ 8, 9 und 10 WHG für die temporäre Grundwasserentnahme und Einleitung des geförderten Grundwassers aus dem Neubau und dem Rückbau in verschiedene oberirdische Gewässer (Bäche und Gräben) und in das Grundwasser durch Wiederversickerung beantragt. Des Weiteren hat die Vorhabenträgerin einen Antrag auf die Erteilung einer wasserrechtlichen Erlaubnis zur Errichtung von Mastfundamenten im Grundwasser nach § 10 Absatz 1 WHG gestellt. Über die Gewährung der Benutzung von Gewässern entscheidet die Planfeststellungsbehörde im Zusammenhang mit der Entscheidung über die Zulassung des Vorhabens im Planfeststellungsbeschluss oder durch gesonderten Bescheid. Die Entscheidung erfolgt im Einvernehmen mit der unteren Wasserbehörde.

Im Trassenkorridor und Vorhabengebiet liegen die Oberflächenwasserkörper Krähenkuhlenfleet, Landwehr mit Steinwätern, Hauptkanal, Graue, Bückener Mühlenbach (Oberlauf), Speckenbach, Winterbach, Peekriede und Große Aue sowie die Grundwasserkörper Mittlere Weser Lockergestein links 3, Große Aue Lockergestein links und Große Aue Lockergestein rechts.

II.

(1) Die Planfeststellungsunterlagen können in der Zeit vom

06.07.2022 bis einschließlich zum 05.08.2022

auf der Internetseite der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr: **<http://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview>** unter dem Titel „380-kV-Ltg. Stade-Landesbergen, AB 6 Hoya - Steyerberg“ eingesehen werden.

Die Auslegung der Unterlagen erfolgt in **elektronischer** Form aufgrund des § 3 Absatz 1 Planungssicherstellungsgesetz (PlanSiG).

Daneben liegen die Planunterlagen nach § 3 Absatz 2 Satz 1 PlanSiG als zusätzliches Informationsangebot bei der Samtgemeinde Grafschaft Hoya, Schloßplatz 2, 27318 Hoya/Weser, Zimmer 35 (Ansprechpartner Peter Bruns, Tel: 04251/815-65) während der Dienststunden zur allgemeinen Einsichtnahme aus:

Montags bis Freitags von 08:00Uhr bis 12:00 Uhr

Donnerstags von 13.30 Uhr bis 18:00 Uhr

Oder nach telefonischer Vereinbarung unter 04251/815-0 oder 04251/815-65.

Sollte aufgrund der allgemeinen Pandemielage (Coronavirus SARS-CoV-2 / COVID-19) das Rathaus der Samtgemeinde Grafschaft Hoya für den allgemeinen Publikumsverkehr geschlossen sein, kann die Einsicht für die Zeit der Schließung nur nach vorheriger Terminabsprache erfolgen. Sie kann telefonisch unter der Nummer 04251/815-0 oder 04251/815-65 oder unter der E-Mail-Adresse rathaus@hoya-weser.de oder p.bruns@hoya-weser.de vereinbart werden. Sollte das Rathaus während des v.g. Zeitraums wieder geöffnet werden, liegen die Unterlagen am genannten Ort während der Dienststunden zur Einsichtnahme öffentlich aus. **Maßgeblich ist der Inhalt der Veröffentlichung im Internet.**

Darüber hinaus nimmt die NLStBV auch die Belange von Personen in den Blick, die keinen oder keinen ausreichenden Zugang zum Internet haben, um Einsicht in die auszulegenden Unterlagen nehmen zu können. Als zusätzliches Informationsangebot bietet die NLStBV daher im o.g. Zeitraum gemäß § 3 Absatz 2 Satz 2 PlanSiG den Versand der Unterlagen auf einem Datenträger an. Wenden Sie sich hierzu bitte an die NLStBV per Mail an poststelle@nlstbv.niedersachsen.de oder schriftlich an die unten aufgeführte Adresse der NLStBV, an die auch Äußerungen zu richten sind.

Zudem sind die Planunterlagen auch auf der Internetseite des zentralen UVP-Portals des Landes Niedersachsen und dort auch über den Auslegungszeitraum hinaus unter folgender Internetadresse: **<https://uvp.niedersachsen.de>** über den Pfad „UVP-Kategorien – Leitungsanlagen und vergleichbare Anlagen unter dem Titel „Neubau und Betrieb der 380-kV-Leitung Stade-Landesbergen, Abschnitt 6 Hoya - Steyerberg“ zugänglich.

Jede Person, deren Belange durch das Vorhaben berührt werden, kann sich zu der Planung äußern. Die Äußerung muss den geltend gemachten Belang und das Maß seiner Beeinträchtigung erkennen lassen.

Anerkannte Vereinigungen nach § 3 UmwRG erhalten durch die öffentliche Planauslegung Gelegenheit zur Einsicht in die dem Plan zu Grunde liegenden (einschlägigen) Sachverständigengutachten; sie können Stellungnahmen zu dem Plan abgeben, soweit sie durch das Vorhaben in ihrem satzungsgemäßen Aufgabenbereich berührt werden.

Die Äußerungen (Einwendungen und Stellungnahmen) sind bis einschließlich zum **05.09.2022** schriftlich oder – nach vorheriger Terminabsprache – zur Niederschrift bei der Samtgemeinde Grafschaft Hoya, Schloßplatz 2, 27318 Hoya/Weser oder der Niedersächsischen Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr, Dezernat 41 - Planfeststellung, Göttinger Chaussee 76 A, 30453 Hannover einzureichen. Maßgeblich ist jeweils das Datum des Eingangs. Vor dem **06.07.2022** eingehende Äußerungen werden als unzulässig zurückgewiesen. Einwendungen müssen eigenhändig unterschrieben sein. Eine E-Mail erfüllt die gesetzlich vorgeschriebene Schriftform nicht. Eingangsbestätigungen werden nach Erhalt Ihrer Einwendung nicht versendet.

Mit Ablauf der Äußerungsfrist sind für dieses Planfeststellungsverfahren alle Äußerungen ausgeschlossen, die nicht auf besonderen privatrechtlichen Titeln beruhen, § 21 Abs. 4 UVPG.

Anträge, die sich auf die Benutzung von Gewässern richten und sich mit einer der für die Durchführung des Vorhabens beantragten Gewässerbenutzungen befassen, werden nach Ablauf der vorgenannten, für Einwendungen bestimmten Frist nicht berücksichtigt (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c in Verbindung mit § 4 Satz 2 des Niedersächsischen Wassergesetzes (NWG)).

Einwendungen wegen nachteiliger Einwirkungen der mit dem Vorhaben verbundenen Gewässerbenutzungen auf Rechte Dritter können später nur geltend gemacht werden, soweit der Betroffene nachteilige Wirkungen bis zum Ablauf der vorgenannten Frist nicht voraussehen konnte (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c NWG in Verbindung mit § 14 Abs. 6 des Wasserhaushaltsgesetzes (WHG)).

Vertragliche Ansprüche werden durch eine Bewilligung zur Gewässerbenutzung nicht ausgeschlossen (§ 9 Abs. 2 Nr. 1 lit. c NWG in Verbindung mit § 16 Abs. 3 WHG).

Bei Äußerungen, die von mehr als 50 Personen auf Unterschriftslisten unterzeichnet oder in Form vervielfältigter gleichlautender Texte eingereicht werden (gleichförmige Eingaben), ist auf jeder mit einer Unterschrift versehenen Seite eine Unterzeichnerin/ ein Unterzeichner mit Namen, Beruf und Anschrift als Vertreterin/ Vertreter anzugeben. Es darf nur eine einzige Unterzeichnerin/ ein einziger Unterzeichner als Vertreterin/ Vertreter für die jeweiligen Unterschriftslisten bzw. gleich lautenden Äußerungen genannt werden. Vertreterin/ Vertreter kann nur eine natürliche Person sein. Anderenfalls können diese Äußerungen gemäß § 17 Abs. 2 VwVfG unberücksichtigt bleiben.

(2) Gemäß § 43a Nr. 3 EnWG findet ein Erörterungstermin nicht statt, wenn Einwendungen gegen das Vorhaben nicht oder nicht rechtzeitig erhoben worden sind, die rechtzeitig erhobenen Einwendungen zurückgenommen worden sind, ausschließlich Einwendungen erhoben worden sind, die auf privatrechtlichen Titeln beruhen, oder alle Einwender auf einen Erörterungstermin verzichten.

Findet ein Erörterungstermin statt, wird dieser mindestens eine Woche vorher ortsüblich bekannt gemacht werden. Ferner werden diejenigen, die sich geäußert haben, bzw. bei gleichförmigen Eingaben die Vertreterin/ der Vertreter, von dem Termin gesondert benachrichtigt. Sind mehr als 50 Benachrichtigungen vorzunehmen, so können diese durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden (§ 73 Abs. 6 S. 4 VwVfG).

In dem Termin kann bei Ausbleiben eines Beteiligten auch ohne ihn verhandelt werden.

(3) Durch Einsichtnahme in die Planunterlagen, Einreichen von Äußerungen, Teilnahme am Erörterungstermin bzw. der Online-Konsultation oder Vertreterbestellung entstehende Kosten werden nicht erstattet.

(4) Über die Zulässigkeit des Vorhabens sowie die Äußerungen entscheidet nach Abschluss des Anhörungsverfahrens die Niedersächsische Landesbehörde für Straßenbau und Verkehr (Planfeststellungsbehörde). Die Zustellung der Entscheidung (Planfeststellungsbeschluss) an diejenigen, die sich geäußert haben, kann durch öffentliche Bekanntmachung ersetzt werden, wenn mehr als 50 Zustellungen vorzunehmen wären (§ 74 Abs. 5 Satz 1 VwVfG).

III.

Vom Beginn der Auslegung der Pläne im Planfeststellungsverfahren oder von dem Zeitpunkt an, zu dem den Betroffenen Gelegenheit gegeben wird, den Plan einzusehen, dürfen auf den vom Plan betroffenen Flächen bis zu ihrer Inanspruchnahme wesentlich wertsteigernde oder die geplanten Baumaßnahmen erheblich erschwerende Veränderungen nicht vorgenommen werden (**Veränderungssperre, § 44a Abs. 1 Satz 1 EnWG**). Veränderungen, die in rechtlich zulässiger Weise vorher begonnen worden sind, Unterhaltungsarbeiten und die Fortführung einer bisher ausgeübten Nutzung werden davon nicht berührt. Unzulässige Veränderungen bleiben bei Anordnungen nach § 74 Abs. 2 Satz 2 VwVfG und im Entschädigungsverfahren unberücksichtigt.

In dem Fall einer Veränderungssperre nach § 44a Abs. 1 Satz 1 EnWG steht dem Träger des Vorhabens an den betroffenen Flächen ein Vorkaufsrecht zu (§ 44a Abs. 3 EnWG).

IV.

Hinweis:

Hinsichtlich der Informationen nach Art. 13 der EU-Datenschutz-Grundverordnung (DS-GVO) wird auf das bei Auslegung den Planunterlagen vorangestellte Merkblatt zur Datenverarbeitung im Planfeststellungsverfahren verwiesen. Diesem Merkblatt sind die Zwecke der Verarbeitung personenbezogener Daten, ihre Speicherdauer sowie Informationen über die Betroffenenrechte nach der DS-GVO im Planfeststellungsverfahren zu entnehmen.

Nach § 43a Nr. 2 EnWG sind die Einwendungen und Stellungnahmen dem Vorhabenträger und den von ihm Beauftragten zur Verfügung zu stellen, um eine Erwiderung zu ermöglichen. Datenschutzrechtliche Bestimmungen sind dabei zu beachten. Auf Verlangen des Einwenders sollen dessen Name und Anschrift unkenntlich gemacht werden, wenn diese zur ordnungsgemäßen Durchführung des Verfahrens nicht erforderlich sind.

Der Text dieser Bekanntmachung kann auf der Internetseite der NLStBV <https://planfeststellung.strassenbau.niedersachsen.de/overview> und auch auf der Internetseite der Samtgemeinde Grafschaft Hoya (www.grafschaft-hoya.de/aktuelle Meldungen) eingesehen werden.

Hoya/Weser, den N.N.

Samtgemeinde Grafschaft Hoya
Detlef Meyer
Samtgemeindebürgermeister